

Gemeinde Glandorf

Glandorf, den 27.03.2023

Niederschrift

02/FWFA/007/2023

über die öffentlicheSitzung des Finanz-, Wirtschaftsförderungs- & Feuerwehrausschusses am Mittwoch, den 22.02.2023, von 19:30 Uhr bis 21:57 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses Glandorf, Münsterstr. 11, 49219 Glandorf

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Marius Pabst UWG

Mitglieder

Herr Sebastian Gottlöber UWG
Herr Willi Micke SPD
Herr Michael Twyhues FDP
Herr Andreas Vennemann CDU

beratendes Mitglied Herr Frank Andiel

Gemeindebrandmeister

Ratsmitglied

Herr Martin Bäumer CDU Vertreter für Herrn Auf der Landwehr

Herr Josef Ossege CDU Vertreter für Herrn Jankrift

Bürgermeister

Herr Torsten Dimek Bürgermeister

Protokollführer

Frau Annette Borgmeyer

von der Verwaltung

Herr Jürgen Leimkühler

Abwesend:

Mitglieder

Herr Andreas Auf der Landwehr CDU Herr Heinrich Jankrift CDU

Gäste:

Christoph Laumann Stellv. Gemeindebrandmeister

Weitere Zuhörer

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Marius Pabst eröffnet um 19.30 Uhr die Sitzung des Finanz- und Feuerwehrausschusses und begrüßt alle Anwesenden. Er entschuldigt den erkrankten Kämmerer Dirk Schmalstieg. Den Bericht der Kämmerei übernimmt stellvertretend Bürgermeister Torsten Dimek.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ausschussmitglieder

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die anwesenden Ausschussmitglieder fest.

3. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit wird durch den Ausschussvorsitzenden Pabst festgestellt.

4. Feststellung der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Pabst erklärt, dass der TOP 17, Wirtschaftsplan 2023 der Gemeindewerke, heute nicht behandelt werden kann, da der Wirtschaftsplan noch nicht vorliegt. Mit dieser Änderung stellt Ausschussvorsitzender Pabst die Tagesordnung fest.

5. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanz, Wirtschaftsförderung - & Feuerwehrausschusses Nr. 02/FWFA/005/2022 vom 22.11.2022

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Finanz- und Feuerwehrausschusses Nr. 02/FWFA/005/2022 vom 22.11.2022 liegt allen Ausschussmitgliedern vor. Gegen Form und Inhalt werden keine Einwände erhoben. Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form einstimmig genehmigt.

6. Bericht der Feuerwehr

Gemeindebrandmeister Andiel trägt den Bericht der Feuerwehr anhand einer Präsentation vor. Er berichtet unter anderem über die Mitgliederstände der Feuerwehren Glandorf und Schwege sowie über bereits 12 geleistete Einsätze der Feuerwehr in diesem Jahr.

Weiter teilt er den geplanten Eröffnungstermin des Neubaus des Feuerwehrgerätehauses in Schwege mit. Am Freitag, 22.09.2023, soll es eine offizielle Abendveranstaltung geben; am Sonntag, 24.09.2023, ist ein Tag der offenen Tür geplant.

Des Weiteren findet am 18.06.2023 ein Aktionstag der Feuerwehr Glandorf statt.

7. Bericht der Kämmerei

Stellvertretend für den erkrankten Kämmerer Schmalstieg übernimmt Bürgermeister Dimek den Bericht der Kämmerei, den er anhand einer Präsentation vorträgt.

Er teilt u.a. mit, dass die Schließung des Hallen-Garten-Bades für Reparaturarbeiten für die Zeit vom 02.05.2023-21.05.2023 vorgesehen ist.

8. Antrag der UWG/FDP Gruppe auf Beteiligung der Gemeinde Glandorf an der Nutzung der Behördenrufnummer "115" - Beratung und Beschlussfassung Vorlage: 02/241/2023

Ratsmitglied Twyhues trägt den Antrag der UWG/FDP Gruppe auf Beteiligung der Gemeinde Glandorf an der Nutzung der Behördenrufnummer "115" vor.

Er habe selbst an einer Veranstaltung teilgenommen, wo die Behördenrufnummer vorgestellt wurde. Die Bürger erhalten bereits am Telefon qualifizierte Informationen zu bestimmten Themen. Er schlägt vor, die Behördenrufnummer auch in Glandorf einzuführen.

Bürgermeister Dimek erklärt, dass es die Behördennummer "115" bereits seit längerer Zeit gebe und diese sich nach seiner Ansicht nicht durchgesetzt habe. Im Landkreis Osnabrück werde die Behördenrufnummer von keiner Kommune derzeit genutzt.

Nach einer kurzen Diskussion verständigen sich die Ausschussmitglieder darauf, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass die Verwaltung eine mögliche Einführung der Behördenrufnummer zunächst prüft und dann darüber berichtet.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Beitritt zu Behördenrufnummer "115" zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltung:	0

9. Antrag der UWG/FDP Gruppe auf Bereitstellung von Online-Services - Beratung und Beschlussfassung

Vorlage: 02/240/2023

Ratsmitglied Gottlöber erläutert den Antrag der UWG/FDP Gruppe auf Bereitstellung von Online-Services im Rathaus.

Bürgermeister Dimek berichtet anhand einer kurzen Präsentation über die Digitalisierungsstrategie der Verwaltung. Er geht dabei insbesondere auf den Punkt "Open Rathaus" ein. Ein Online-Portal, welches ggf. in Glandorf eingeführt werden könnte.

Ratsmitglied Bäumer merkt an, dass die Verwaltung sich bereits vor Antragstellung durch die UWG/FDP-Gruppe dem Thema angenommen habe. Eine Beauftragung sei daher aus seiner Sicht nicht mehr notwendig.

Es wird sich darauf verständigt, dass die UWG/FDP-Gruppe daraufhin den Antrag zurückzieht.

10. Antrag der UWG/FDP Gruppe zur Erstellung einer Übersicht Gewerbesteueraufkommen nach Branchen - Beratung und Beschlussfassung Vorlage: 02/235/2023

Ratsmitglied Twyhues erläutert den Antrag der UWG/FDP Gruppe zur Erstellung einer Übersicht über die Gewerbesteueraufkommen in Glandorf nach Branchen. Ratsmitglied Gottlöber teilt mit, dass bestimmte Branchen ein geringes Gewerbesteueraufkommen haben und es daher sinnvoll ist, bei Gewerbeansiedlungen finanzstarke Branchen in den Ort zu holen. Bürgermeister Dimek erklärt, dass es Probleme mit dem Steuergeheimnis geben könne, sofern Rückschlüsse aus der Aufstellung gezogen werden können. Er müsse diesen Punkt mit der Kommunalaufsicht klären.

Ratsmitglied Bäumer hält diesen Antrag für überflüssig, da es zu viel Arbeit für die Gemeindeverwaltung bedeuten würde.

Ratsmitglied Twyhues vertritt hingegen die Auffassung, dass es sinnvoll ist zu wissen, welche Betriebszweige starke Gewerbesteuereinnahmen haben.

Beschlussvorschlag:

Der VA beschließt die Erstellung einer Übersicht des Gewerbesteueraufkommens nach Branchen

Abstimmungsergebnis:

Ja:	3
Nein:	3
Enthaltung:	1

Bei Stimmengleichheit ist der Beschlussvorschlag abgelehnt.

11. Antrag der UWG/FDP Gruppe zur Terminfestlegung Beratung Steuersätze für 2024 - Beratung und Beschlussfassung

Vorlage: 02/236/2023

Ratsmitglied Gottlöber erläutert den Antrag der UWG/FDP Gruppe zur Terminfestlegung über die Beratung der Steuersätze für 2024. Ratsmitglieder Micke und Bäumer würden den Termin zur Festlegung der Steuersätze in den Herbst gelegt wissen.

Bürgermeister Dimek erklärt, dass sein Ziel sei den Haushaltsentwurf für das Jahr 2024 eher den politischen Gremien zur Beratung vorzulegen. Die Vorlage solle in der Sitzung des Finanzund Feuerwehrausschusses im November erfolgen. Die Beratung über eine mögliche Erhöhung der Steuersätze für 2024 könne auf diese Weise noch in diesem Jahr erfolgen.

Die Ausschussmitglieder erklären sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

12. Antrag der SPD/Grüne Gruppe zur Erstellung eines Konzepts zur Vermarktung des Hallenbades - Beratung und Beschlussfassung

Vorlage: 02/237/2023

Ratsmitglied Micke stellt den Antrag der SPD/Grüne Gruppe zur Erstellung eines Konzepts zur Vermarktung des Hallen-Garten-Bades vor. Er erwähnt die Durchführung von Schwimmkursen und Events und auch die Möglichkeit zur Vermietung.

Bürgermeister Dimek gibt bekannt, dass es Sonderaktionen in den Osterferien geben wird und für das Hallen-Garten-Bad in den Glandorfer Mitteilungen Werbung gemacht werden kann. Darüber hinaus müsse gut bei Betrachtung Kosten/Nutzen bedacht werden, wieviel Werbung geschaltet werden soll. Bezüglich einer Vermietung sagt Bürgermeister Dimek die Prüfung der Belegungszeiten zu.

Ratsmitglied Gottlöber erwähnt, dass evtl. bei einer Physiotherapiepraxis oder einem Reha-Angebot zusätzliches Interesse bestehen könnte.

Ratsmitglied Ossege schlägt vor, evtl. einen Förderverein für das Hallenbad einzurichten. Ratsmitglied Micke ist der Auffassung, dass es bereits genügend Fördervereine in Glandorf gibt. Eine Beschlussfassung erfolgt nicht, da die Verwaltung zunächst prüft, ob es noch freie Kapazitäten im Hallenbad gibt.

13. Änderungsanträge zum Haushalt 2023 aus den vorhergehenden Fachausschüssen - Beratung und Beschlussfassung

13.1. Änderungsanträge der Fraktion und der Gruppen zu den Anträgen der Schulen - Beratung und Beschlussfassung

Vorlage: 02/222/2023

Ratsmitglied Micke erläutert den Änderungsantrag zur Errichtung eines Dirt-Parks auf dem Schulgelände der LUWI und teilt mit, dass der Schulleiter ihn angeschrieben hatte, um in dieser Sache noch einmal zu telefonieren. Das sei bisher noch nicht geschehen. Ratsmitglied Twyhues teilt mit, dass es ein Förderprogramm für Kinder und Jugendliche gibt – vielleicht ist der Dirt-Park aus diesem Programm förderfähig. Bürgermeister Dimek meint hierzu, dass die Rahmenbedingungen geklärt werden müssen.

Über den geänderten Beschlussvorschlag aus dem Schulausschuss über Planungskosten in Höhe von 2.500,00 € wird danach abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Es werden 2.500 EUR Planungskosten in den Haushalt 2023 eingestellt. Es ist zu prüfen, ob es entsprechende Fördermöglichkeiten gibt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	5
Nein:	2
Enthaltung:	0

13.2. Änderungsanträge der Fraktionen und Gruppen zum Haushaltsplan 2023 Bereich Bauen, Umwelt - Beratung und Beschlussfassung

Vorlage: 02/227/2023

Ratsmitglied Micke erläutert den Änderungsantrag über die Erstellung eines Notfallkonzeptes und Reduzierung des Haushaltsansatzes für ein Notstromaggregat um 30TD € auf 140 TD €. Er würde stattdessen gerne zwei mobile Notstromaggregate anschaffen.

Bürgermeister Dimek teilt mit, dass es seiner Meinung nach bei der Notstromversorgung für das Hauptpumpwerk, für die Feuerwehr und Malteser wichtig sei, ein festes ortsgebundenes Notstromaggregat zu besitzen. Die genaue Zuordnung der Kosten (Gemein de/AGG) müsse noch geregelt werden.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, den Beschluss im VA zu fassen und in der heutigen Sitzung nicht abzustimmen.

13.3. Haushaltsanträge 2023 für die Bereiche Kultur, Sport und Soziales - Beratung und Beschlussfassung

Vorlage: 02/231/2023

Der Änderungsantrag der UWG/FDP-Gruppe zur Reduzierung des Ansatzes für die Aufstockung des Christophorus Kindergartens auf Planungskosten in Höhe von 50.000 € ist unmittelbar mit dem Antrag zur Entwicklung und Schaffung eines langfristigen (baulichen) pädagogischflexiblen Konzeptes in der Kinderbetreuung verbunden. Die Ausschussmitglieder einigen sich darauf, die weitere Beratung hierzu im Verwaltungsausschuss zu führen.

Der Änderungsantrag der SPD/Grünen-Gruppe zur Streichung des Ansatzes zur Errichtung eines Seilgartens am Johannis Kindergarten wird hingegen im Finanzausschuss beraten. Nach

einer kurzen Erläuterung des Antrags durch das Ratsmitglied Micke und einer daran anschließenden Diskussion lässt der Ausschussvorsitzende Pabst über den Antrag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsansatz zur Erneuerung des Seilgartens am Johannis-Kindergarten in Höhe von 25.000,00 € wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	1
Nein:	6
Enthaltung:	0

14. Anträge der Freiwilligen Feuerwehren Glandorf und Schwege zum Haushalt 2023 - Beratung und Beschlussfassung

Vorlage: 02/194/2022/1

Ein Beratungsbedarf zu diesem Punkt besteht nicht. Der Ausschussvorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Auf Grundlage der Anträge der Freiwilligen Feuerwehren Glandorf und Schwege werden entsprechende Mittel in den Haushaltsplanentwurf 2023 eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltung:	0

15. Änderungsanträge der Fraktion und Gruppen zum Haushaltsplan 2023 Bereich Finanzen, Wirtschaftsförderung & Feuerwehr - Beratung und Beschlussfassung Vorlage: 02/234/2023

Der Antrag zur anteiligen Auflösung der vorhandenen Haushaltsrücklagen wird von der UWG/FDP-Gruppe vorgestellt. Bürgermeister Dimek macht deutlich, dass aus seiner Sicht der endgültige Entnahmebetrag am 08.03.2023 in der Ratssitzung zu beschließen ist, da erst dann endgültig alle Änderungen eingearbeitet sind. Nach intensiver Diskussion wird der Beschlussvorschlag dahingehend geändert, die Überschussrücklage nur in der notwendigen Höhe aufzulösen.

Beschlussvorschlag:

Die Überschussrücklage soll nur in der notwendigen Höhe aufgelöst werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltung:	0

Im weiteren Verlauf wird über die Förderprogramme "Jung kauft Alt", "Zisternen" und "Dachbegrünung" gesprochen. Von der UWG/FDP-Gruppe gibt es den Antrag, die Fördertöpfe für Zisternen (50 T€) und Dachbegrünung (30T€) in 2023 auszusetzen. Dieser Antrag wird im Zuge der weiteren Beratungen zurückgezogen und damit nicht zur Abstimmung gestellt. Anschließend werden folgende Beschlussvorschläge gefasst:

Beschlussvorschlag:

Förderprogramm "Jung kauft Alt" wird von 25.000 € auf 50.000 € erhöht, die Fördersätze werden in diesem Zusammenhang wie vorgeschlagen angehoben.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltung:	0

Beschlussvorschlag:

Der Antrag zur Reduzierung des Gesamtansatzes für das Förderprogramm "**Zisternen"** von 50.000,00 € auf 25.000,00 € wird beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltung:	0

Der Antrag auf Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuer A und B sowie die Gewerbesteuer wird von der UWG/FDP-Gruppe kurz erläutert. Bürgermeister Dimek erklärt, dass seitens der Verwaltung nach Aussage des Kämmerers eine Ansatzerhöhung bei der Gewerbesteuer von 300.000 EUR unter Beibehaltung der bisherigen Hebesätze realistisch ist. Die Eckdaten sollen im November dieses Jahres im FWFA behandelt werden, um dann schon eine Entscheidung bei den Hebesätzen treffen zu können. Nach einer kurzen Diskussion wird die Erhöhung des Planansatzes für die Gewerbesteuer um 300.000 EUR zur Abstimmung gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Gewerbesteueransatz im Haushalt 2023 wird um 300.000 € erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltung:	0

Der Antrag der SPD/Grüne-Gruppe für die Streichung der geplanten Investitionen "DE-Programm Außenanlagen Heimathaus Averfehrden" wird danach beraten. Die UWG/FDP-Gruppe hat den Antrag gestellt, die Maßnahme zu verschieben.

Ratsmitglied Gottlöber gibt zu bedenken, dass man am Thieplatz erlebt hat, wie es sei, Mittel zu schieben. Die UWG tue sich mit diesem Antrag schwer, insbesondere da die Menschen aus dem Ortskern zu weit nach draußen fahren müssen. Ratsmitglied Micke meint dazu, dass bei Umsetzung des Projektes in den Folgejahren noch weitere Gelder im großen Rahmen aufgewendet werden müssen.

Bürgermeister Dimek ergänzt hierzu, dass bei Antragsstellung der Förderbehörde mitgeteilt worden sei, dass die Finanzierung gesichert ist. Dies sei, sofern die Maßnahme nicht im Haushalt veranschlagt werde, nicht mehr der Fall. Vom Grundsatz her müsse dieser Umstand eigentlich der Förderbehörde neu mitgeteilt werden. Eine Entscheidung über den Antrag sei wohl erst um Ostern rum zu erwarten.

Ratsmitglied Micke erklärt, dass auch bei einem positiven Bescheid der Eigenanteil von 211.000 € nicht ausgegeben werden sollte, zumal die Folgekosten auch immens sind. Bürgermeister Dimek ergänzt dazu, dass vom Heimatverein wohl nicht die Pflege übernommen wird. Ratsmitglied Twyhues teilt noch mit, dass hohe Aufwandskosten anfallen würden, die genaue Höhe aber noch beziffert werden kann.

Im weiteren Verlauf wird über das Für und Wieder der Streichung bzw. Verschiebung der Maßnahme gesprochen. Am Ende zieht die SPD/Grünen-Gruppe den Antrag zurück.

Zur Abstimmung wird somit die Verschiebung der Maßnahme gestellt.

Beschlussvorschlag:

Die Maßnahme "DE-Programm Außenanlagen Heimathaus Averfehrden" wird zunächst verschoben.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltung:	0

Ratsmitglied Micke teilt mit, dass die CDU den Ratssitzungssaal so häufig zu den Fraktionssitzungen und damit zur gleichen Zeiten belegt, dass seine Fraktion auf das Haus Wibbelsmann ausgewichen ist. Hier wird eine Gebühr erhoben, die seine Fraktion auf Dauer nicht bezahlen möchte.

Ratsmitglied Bäumer gibt zu bedenken, dass auch mit Hilfe der politischen Gemeinde das "Projekt Haus Wibbelsmann" angeschoben wurde und es daher nach seiner Meinung möglich sein müsse, den Fraktionen umsonst die Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Vielleicht sollte der Bürgermeister nochmals das Gespräch suchen, so Ratsmitglied Bäumer in seinen Ausführungen.

Ratsmitglied Twyhues schlägt vor, ggf. darüber nachzudenken, eine gewisse Summe für die Fraktionsarbeit in den Haushalt einzustellen. In der Stadt Hannover würden nach seiner Kenntnis 37.000 €/Jahr und in Cuxhaven 11.000 €/Jahr pro Ratsmitglied aufgewendet.

Bürgermeister Dimek gibt als Beispiel die Stadt Georgsmarienhütte an. Dort haben alle Fraktionen ein Fraktionsgeschäftszimmer. Zusätzlich gibt es für Fraktionen weitere Möglichkeiten, im Rathaus zu tagen.

Ratsmitglied Micke möchte den Antrag weiter aufrechterhalten. Ratsmitglied Gottlöber würde sich wünschen, wenn es ein Budget für die Fraktionen geben würde.

Ratsmitglied Bäumer sieht dies eher kritisch und findet, dass dieser Wunsch möglicherweise zu einer unpassenden Zeit kommt.

Ratsmitglied Twyhues erwidert darauf, dass der Landkreis Osnabrück auch ein großes Defizit hat und nicht die Fraktionsmittel kürzt.

Bürgermeister Dimek kann sich vom Grundsatz her vorstellen, für die Fraktionen für die Anmietung von Räumen ein Budget einzustellen. Er suche jetzt aber zunächst das Gespräch mit dem Heimatverein und sei dabei zuversichtlich, zu einer Lösung zu kommen. Darüber werde er im nächsten VA berichten.

Der Antrag für die Übernahme der Kosten für die Durchführung von Fraktionssitzungen im Haus Wibbelsmann wird vor diesem Hintergrund zunächst verschoben.

Der Antrag der CDU-Fraktion auf Streichung des Ansatzes für die Notstromversorgung des Pumpwerks wurde bereits unter TOP 13.2 behandelt und wird daher an dieser Stelle nicht weiter beraten. Zunächst ist in dieser Sache der neue Sachstand abzuwarten.

16. Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung - Beratung und Beschlussfassung Vorlage: 02/218/2023/1

Bürgermeister Dimek erläutert kurz die Anlage zur Vorlage mit den Vorschlägen zur Haushaltskonsolidierung. Es handelt sich hierbei um einen Zwischenstand. Aufgrund der krankheitsbedingten Abwesenheit des Kämmerers wird vereinbart, den TOP im folgenden VA weiter zu beraten.

17. Wirtschaftsplan 2023 der Gemeindewerke Glandorf - Beratung und Beschlussfassung Vorlage: 02/239/2023

Aufgrund der krankheitsbedingten Abwesenheit des Kämmerers wurde der TOP zu Beginn der Sitzung abgesetzt.

18. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2023 - Beratung und Beschlussfassung Vorlage: 02/238/2023

Bürgermeister Dimek erläutert, dass derzeit vollständig nur der Erstanwurf vorliegt und dieser weiter das Defizit mit einem Betrag in Höhe von 2.333.200 € ausweist. Alle bisher geltenden Hebesätze seien darin unverändert.

Aufgrund der Fülle der Anträge aus den Fraktionen, die zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht eingearbeitet sind, sowie der noch nicht abgeschlossenen Liste zur Haushaltskonsolidierung soll ein Beschluss zum Haushalt unter Einbeziehung der derzeit vorliegenden Änderungen gefasst werden. Mit dieser Maßgabe werden die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Jahr 2023 zur Abstimmung gestellt.

Beschlussvorschlag:

Die Haushaltssatzung nebst Haushaltsplan für das Jahr 2023 wird verabschiedet.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltung:	0

19. Anfragen und Anregungen

Ratsmitglied Gottlöber erkundigt sich nach dem Werdegang der gemeinsamen Abwasserentsorgung Glandorf und Bad Laer GmbH bezüglich Zeitplan und Sitzungen.

Bürgermeister Dimek teilt mit, dass es noch keinen Zeitplan gebe. Dieser werde derzeit vom Geschäftsführer Frank Scheckelhoff erstellt.

Danach fragt Ratsmitglied Gottlöber nach der Geschäftsordnung. Hierzu möchte er wissen, ob die AGG sich eine geben müsse.

Bürgermeister Dimek teilt mit, dass es hierzu Informationen im Verwaltungsausschuss geben soll.

20. Schließung der Sitzung

Mit Dank an alle Teilnehmer schließt der Ausschussvorsitzende Marius Pabst um 21.57 Uhr die Sitzung.

gez. Marius Pabst Vorsitzender gez. Annette Borgmeyer Protokollführer